



Medienkonferenz



Sozialdemokratische Partei Baselland

Rheinstrasse 17
Postfach 86 · 4410 Liestal

Telefon 061 921 91 71
Telefax 061 921 68 70

info@sp-bl.ch
www.sp-bl.ch

#LINKSRUTSCH: NATIONALE WAHLEN 2019

Dienstag, 13. August 2019, 10.30 Uhr
Sitzungszimmer 210, Regierungsgebäude, Liestal

Es sprechen:

- Adil Koller, Präsident SP BL
- Samira Marti, Nationalrätin
- Eric Nussbaumer, Nationalrat und Ständeratskandidat
- Sabine Asprien, Nationalratskandidatin
- Andreas Bammatter, Nationalratskandidat
- Désirée Jaun, Nationalratskandidatin
- Miriam Locher, Nationalratskandidatin
- Sandra Strüby-Schaub, Nationalratskandidatin

Mit den Menschen sprechen, nicht über sie – Gesundheit und Klima sind die grossen Herausforderungen

Adil Koller, Parteipräsident

2015 waren die Baselbieter Wahlen ein klares Vorzeichen für die Eidgenössischen Wahlen. Es gab einen massiven Rechtsruck. Nun geht dieses Jahr in Bern eine herausfordernde Legislatur zu Ende. Wie im Baselbiet muss die rechte Mehrheit 2019 gebrochen werden, wenn wir die Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes, der Krankenkassenprämien und in der Gleichstellung lösen wollen. Die SP Baselland hat sich daher für die nationalen Wahlen drei grosse Ziele gesetzt:



1. **Nationalrat:** Die SP will 24.5 % der Stimmen holen. Das ist ungefähr der Stand von 2011 (+2.3 Prozent). Die SP hat bereits diesen Frühling eine Listenverbindung mit den Grünen beschlossen. Mit Samira Marti und Eric Nussbaumer treten die beiden profilierten Bisherigen wieder an, mit ihnen wollen wir die zwei Sitze verteidigen.
2. **Ständerat:** Mit dem thematisch starken und gut vernetzten Nationalrat Eric Nussbaumer wollen wir den SP-Sitz verteidigen.
3. **Mobilisierung:** Die SP strebt an, die hohe Mobilisierung der kantonalen Wahlen zu erhalten und zu stärken.

Wir werden weiterhin auf eine starke Mobilisierung setzen: Die Gespräche am Telefon waren für uns bei den kantonalen Wahlen eine sehr gute Erfahrung. Wir wollen mit den Menschen sprechen, nicht über sie. Insgesamt haben wir mit 15'000 Baselbieterinnen und Baselbietern gesprochen. Bei den nationalen Wahlen haben wir ein weiteres Element dazu genommen: 100 Mitglieder und SympathisantInnen der SP Baselland haben im Frühling und Frühsommer eine Quartierumfrage durchgeführt und so im ganzen Kanton insgesamt 1500 Gespräche geführt. Wir waren von Laufen bis Tecknau, von Buckten bis Muttenz unterwegs. Ziel dieser Umfrage war es, die dringendsten Anliegen der Bevölkerung im Baselbiet zu ermitteln und herauszufinden, was quartierspezifische Anliegen der Leute sind. Die Themen der SP kommen sehr gut an: 44% sagen, dass das Thema Gesundheit & Prämien sie am meisten beschäftigt, 30% sagen, dass für sie der Klimawandel am wichtigsten ist. In der zweiten Phase werden wir wiederum das Gespräch mit den Leuten am Telefon suchen und möchten insgesamt 10'000 Gespräche führen. Zum Wahlkampf gehören natürlich weiterhin Standaktionen, Plakate und Social Media.

Schweizweit geht die SP mit folgenden vier Themen in den Wahlkampf: Klima schützen statt die Interessen der Öl-Industrie, Vereinbarkeit statt Diskriminierung, tiefere Prämien statt unerträgliche Lasten, Jobchancen für alle statt arbeitslos ab 50. Wir sind damit – wie die Quartierumfrage gezeigt hat – am Puls der Menschen. Im Baselbiet wie im ganzen Land gilt es, mit einem Linksrutsch den Weg zu einer sozialen und ökologischen Schweiz zu öffnen.

Klimaerhitzung: Die grösste Herausforderung meiner Generation

Samira Marti, Nationalrätin

Es gilt das gesprochene Wort.

Seit Monaten demonstrieren Tausende Menschen in der Schweiz und mehrere Millionen weltweit für einen wirksamen Klimaschutz. Und dies mit gutem Grund: Der aktuellste Bericht des IPCC zeigt, wie schnell die Zeit der Klimapolitik davoneilt. Ab einer Erderwärmung von mehr als 1.5 Grad gegenüber dem Niveau in der vorindustriellen Zeit steigt die Wahrscheinlichkeit einer unkontrollierten Eskalation der Klimakrise rapide an. Sie stellt eine direkte Bedrohung für die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen dar.

Die SP hat seit jeher den Klima- und Umweltschutz hochgehalten. Sei es im Kampf für Lenkungsabgaben auf Brennstoffen, für die Luftreinhalteverordnung, das erste CO₂-Gesetz oder den Atomausstieg. Aber diese Bemühungen reichen nicht. Wir müssen dringend wirksame und umfassende Klimaschutzmassnahmen ergreifen, wie es die jungen Menschen auf der Strasse von uns einfordern. Denn für halbherzige Massnahmen ist die Zeit bereits abgelaufen. In der heutigen Zusammensetzung des Nationalrats ist dies jedoch schwierig bis unmöglich. Das Parlament wird dominiert von der Lobby der Erdölindustrie, der Banken und Versicherungen, von Menschen, die im Schnitt dreimal so alt sind wie die Demonstrierenden und lieber die Augen verschliessen, statt die grösste Herausforderung dieses Jahrhunderts anzupacken.

Klima-„Marshallplan“ für die Energiewende

Die gute Nachricht: Der 20. Oktober steht bevor. Die Wahlen bieten die Chance, uns dank eines kräftigen Linksrutsches wieder handlungsfähig zu machen. Denn die Lösungen liegen auf dem Tisch. Über 80% der in der Schweiz ausgestossenen Treibhausgase werden durch die Energiegewinnung verursacht – Klimaschutzpolitik ist also immer auch Energiepolitik. Wir brauchen umfassende Investitionen in erneuerbare Energien, unterstützt von einer Klimabank, welche den privaten Anteil finanzieren kann. Die SP hat vor wenigen Wochen dazu den Klima-„Marshallplan“ für die Energiewende präsentiert, so dass die Schweiz im Inland klimaneutral und erdölfrei wird.



Klimastrategie für den Schweizer Finanzplatz

Gleichzeitig müssen wir dringend unsere globale Verantwortung wahrnehmen. Die reichsten 10% der Weltbevölkerung verursachen 49% der CO₂-Emissionen, während die ärmeren 50% lediglich für einen Zehntel aller Emissionen verantwortlich sind. Laut Angaben des Bundesamtes für Umwelt unterstützen die in der Schweiz verwalteten Anlageportfolios sogar eine katastrophale weltweite Erwärmung von 4 bis 6 Grad. In einem kürzlich veröffentlichten Bericht wurden die Klimaschäden untersucht, die durch das Firmenkreditgeschäft der Schweizer Banken ausgelöst werden. Allein die CS und die UBS haben zwischen 2015 und 2017 rund 12.3 Mia. US-Dollar für 47 Unternehmen zur Verfügung gestellt, die extreme fossile Brennstoffe nutzbar machen. Im Jahr 2017 erreichten die von den beiden Banken finanzierten Emissionen einen Höchstwert von 93.3 Mio. Tonnen CO₂. Damit verantworten sie zweimal so viele Treibhausgasemissionen wie die gesamte Bevölkerung und Industrie in der Schweiz zusammen. Der Schweizer Finanzplatz stellt also einen besonders wirksamen Hebel für einen Schweizer Klimaschutz dar, der weltweit seine Wirkung entfalten könnte. Es braucht darum dringend eine Klimastrategie für den Finanzplatz Schweiz, damit die Finanzmittelflüsse in Einklang mit einer emissionsarmen Entwicklung gebracht werden, wie dies das Pariser Klimaabkommen verlangt.



Wirtschaftsstandort Baselland im europäischen Dreiländereck

Eric Nussbaumer, Ständeratskandidat / Nationalrat

Der Wirtschaftsstandort Baselland zeichnet sich durch Standortfaktoren aus, die international anerkannt sind: Gute Verkehrsanbindungen stabiles Rechtssystem, gute Bildungs- und Kulturlandschaft, extrem ausgeprägte Clusterbildung im Bereich Life Science. All das will ich als Nationalrat erhalten und als Ständerat verstärken. In Bern kann man dafür Mehrheiten finden, wenn man unsere regionalen und kantonalen Stärken ins richtige nationale und trinationale Licht rückt.

Gute Verkehrsanbindungen – kein Zögern in der Umsetzung

Gute Verkehrsanbindungen sind das A&O einer starken Wirtschaftsregion. Der Euroairport feierte in diesen Tagen sein 75 Jahre-Jubiläum. Das Herzstück und der Bahnknoten Nordwestschweiz kommen dank sorgfältiger Interessenvertretung in die Planung. Die Schweizer Rheinhäfen konnten in den letzten Jahren wichtige Entwicklungsschritte erreichen. Das neue Gateway Nord und das Hafenbecken 3 der Schweizerischen Rheinhäfen werden ein wichtiger Meilenstein von nationaler Bedeutung sein. Die trinationale S-Bahn steckt noch in den Kinderschuhen, aber dieses Projekt müssen wir dringend voranbringen. Dafür will ich mich weiterhin einsetzen. Mit den Ausbausritten 2030 und 2035 müssen die regionalen Elemente lokal und national in der Umsetzung begleitet werden. Auch von der nationalen Legislative.

Stabiles Rechtssystem – beste Rechtssicherheit für die Exportecke

Baselland ist Teil der Exportecke der Schweiz. Die Pharmaindustrie exportiert aus unserer Nordwestschweizerecke jedes Jahr für knapp 98 Mia. Franken Güter. Das machen wir mit etwa 33'000 qualifizierten Arbeitsplätzen. Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist dabei von zentraler Bedeutung. In den letzten Jahren haben sich die Perspektiven verschlechtert, weil wir das bilaterale Vertragswerk für die sektoriellen Marktzugänge noch nicht in ein neues Vertragswerk – also in ein Rahmenabkommen – überführen konnten. Die Schweizer Medtechbranche rechnet

schon mit der Rechtsunsicherheit eines Drittstaates. Das darf aber nicht eintreffen. Ich werde alles daran setzen, dass wir die bestmögliche Rechtssicherheit mit den europäischen Binnenmarkt-Exportländern erreichen – die Exportecke Nordwestschweiz blüht auch dank der bisherigen Vertragslösung. Freihandelslösungen sind die falsche Antwort auf Binnenmarkt-Rechtsunsicherheiten, und auch verstärkte Innovationsanstrengungen können allein nicht genügen.

Beste Bildungs- und Kulturlandschaft heisst investieren – nicht hoffen

Ich bin immer wieder beeindruckt, wenn ich in Muttenz den neuen Campus der FHNW betrete. Ich höre auch viel Gutes über den Studienort. Ich habe keine Zweifel: So muss Bildungspolitik sich mit der Standortpolitik verbinden. Wir brauchen attraktive Studienorte auf der Stufe FH, Uni und ETH. Und bei der dualen Bildung müssen wir die grenzüberschreitenden Dimensionen noch stärker nutzbar machen. Dafür muss man in Bern um Geld kämpfen. Das macht man am besten aus einer Bundesratspartei heraus, denn dann kann man Mehrheiten bilden. Nicht exotische Forderungen von Nicht-Bundesratsparteien gewinnen in Bern, sondern die faktenbasierten Mehrheiten, die auch im Bundesrat Rückhalt finden. Wir brauchen mehr Bildungsgelder (wie Zürich und Lausanne/Genf), weil wir sie mit einem einzigartigen Wirtschaftsstandort verbinden können. Und dabei werde ich weiterhin um Investitionen in Bildung und Kultur kämpfen – auch bei der Kultur, denn wer kann das sonst noch bieten: Grenzüberschreitende Kultur. Im trinationalen Kulturaustausch muss noch mehr möglich sein – und von der nationalen Kulturpolitik unterstützt werden.

In Clustern denken und handeln – für zukunftsfähige Arbeitsplätze

Ich bin nicht der Meinung, das Wohlergehen unserer Region hänge einzig und allein von der Life Science ab. Vielmehr bin ich der Meinung, man muss von dieser Erfahrung lernen und in anderen Feldern Gleiches anstreben. Es ist die gezielte Clusterbildung, die eine einzigartige Stärke bringt, welche global bestehen kann. Die globale Zukunftsfrage des Wirtschaftens ist, wie man das mit weniger Ressourcenverbrauch und weniger Umweltbelastung hinkriegt. Dass dabei die Energiefrage von grösster Bedeutung ist, weiss inzwischen jedes Kind – aber noch nicht alle PolitikerInnen. Wir sollten daher ein Energie-Effizienzcluster Nordwestschweiz anstreben. Ich werde in Bern dafür arbeiten, dass diese Chance genutzt werden kann. Damals, als wir das erste Energiegesetz der Schweiz in Baselland beschlossen, war das noch eine kantonsouveräne Angelegenheit. Inzwischen ist Ressourceneffizienz und Klimaschutz eine nationale und internationale Politikangelegenheit. Ich will den Impuls aufnehmen und für die Arbeitsplätze der Region nutzbar machen. Ja, Baselland (und Basel-Stadt) sollte ein Energieeffizienz- und Ressourceneffizienz-Cluster werden – dazu braucht es gute Rahmenbedingungen, die beim Bund geschaffen werden müssen.

Raumplanung: Für den Ausgleich zwischen Schutz, Naherholung und Siedlungsentwicklung sorgen

Sabine Asprion, Nationalratskandidatin



Die Raumplanung ist ein effektives Mittel,

- um Siedlungsentwicklung darzustellen
- Naherholungsgebiete zu schützen
- Wohnraum – auch günstigen – zu schaffen
- die Biodiversität zu fördern

Wir müssen die bestehenden Siedlungsgrenzen wo immer möglich bestehen lassen und v.a. die Grüngürtel pflegen (Luftqualität, Temperatur).

Die Rahmenbedingungen nach der Revision 1 des Raumplanungsgesetzes (RPG 1) müssen nun umgesetzt werden. Das wird allerdings für viele Gemeinden und Kantone schmerzhaft sein, sind doch die Bauzonen aktuell zu gross.

Im Grüngürtel müssen wir die Qualitäten erhalten und verbessern. In der Landwirtschaft muss die Biodiversität erhalten werden, der Wald muss in seiner Vielfalt und seiner ökologischen Funktion geschützt werden. Aber auch über die Jahrhunderte durch Naturereignisse und die menschliche Bewirtschaftung entstandene Kulturlandschaften sind zu erhalten. Bei diesen Naherholungsgebieten beinhaltet Schutz nicht nur Sicherung derselben, sondern ganz konkret auch eine schonende an Erholung und Tourismusbedürfnisse angepasste Nutzung.

Die Raumplanung der Zukunft wird eine Innenentwicklung gewährleisten müssen, welche zum einen genügend Wohnraum bietet, zum anderen aber auch mit geeigneten Massnahmen sicherstellt, dass die Wohn- und Siedlungsökologie und –biologie gewährleistet ist (Begrünungen, Durchlüftung).

Hier ist vor allem auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes ein wichtiges Thema. Die Gestaltung des Strassenraums aber auch der Plätze und Vorplätze und der öffentlichen und halb öffentlichen Freiflächen. Und eine ganz aktuelle Frage: Wie können Private dazu bewegt werden, nicht nur genügend Parkplätze, sondern auch ökologisch und gestalterisch gute Aussenräume zu erstellen (statt pflegeleichte Stein- und Schottergärten)? Die Gestaltung des Lebensraums in den zunehmend dichten Ortschaften ist damit Kernaufgabe der Nutzungsplanung.

Und Raumplanung hat auch eine soziale Komponente: Wie kann der Bau und der Erhalt von preisgünstigem Wohnraum gefördert werden? Hier stehen sich das Bedürfnis auf menschenwürdiges Wohnen und Eigentumsgarantie gegenüber – einfache Lösungen gibt es nicht, taugliche benötigten Zeit und den Einbezug aller Betroffenen. Die Partizipation ist damit ein zentrales Element.

Die Raumplanung muss verhindern, dass in Zeiten von tiefen Zinsen wild ins Land gebaut wird, ohne dass ein entsprechender Bedarf an Wohnungen an diesen Orten besteht (wie z.B. aktuell in den Kantonen AG und LU).

Ein vernünftiger Ortsbildschutz soll sicherstellen, dass das Bauen in geschützten Orten attraktiv bleibt, so dass nicht Liegenschaften im Zentrum leer stehen und stattdessen auf der grünen Wiese neue Gebäude entstehen. Schutz durch Schutzbestimmungen und Schutz durch eine sorgfältige Umnutzung müssen sich ergänzen und sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Verdichtung ist primär dort zu prüfen, wo bereits Verkehrs-Infrastrukturen bestehen.

Das ganz grosse Raumplanungsthema ist die Mobilität. In den dicht besiedelten Gebieten sind Siedlungsentwicklung und Infrastrukturausbau zu koordinieren, im ländlichen Raum muss ein genügendes ÖV-Angebot sichergestellt werden. Übergeordnet geht es um die Sicherstellung von genügend Kapazitäten auf der Bahn.

Vier Generationen – eine Gemeinschaft

Andreas Bammatter, Nationalratskandidat

Als Nationalratskandidat ist mir wichtig, dass ich meine Möglichkeiten nutze und den Themenbereich «Vier Generationen – eine Gemeinschaft» aktiv in Bern mitgestalte und mich für alle Generationen auf Bundesebene einsetzen kann.

Seit mehreren Jahrzehnten leben nun bereits vier Generationen zusammen, welche sich gegenseitig herausfordern, jedoch aber auch unterstützen.

Wir beklagen uns seit längerem über die ungleiche Behandlung der verschiedenen Altersstufen in der Arbeitswelt betreffend Lohnentwicklung, Arbeitszeiten, Pensionsalter und Umwandlungssatz. Hier müssen wir ein solidarisches Miteinander finden – z.B. in der beruflichen Vorsorge, der 2. Säule. Vorschlag: Gleiche Beitragssätze für alle Altersklassen, wie sie im Gastrobereich bereits realisiert sind, und so mehr Chancengleichheit für ältere Arbeitnehmende bewirken.

Auch in der Freizeit begegnen sich alle Generationen auf vielfältige Weise. Mit der Langlebigkeit wird das Spektrum noch grösser. Konkret fordere ich, dass allen Menschen genügend Freizeit gewährt wird, dass die Freiwilligenarbeit besser honoriert und geschätzt wird, um so mehr Professionalität zu ermöglichen. Die Middle-Ager sorgen einerseits für ihre Kinder und haben mehr und mehr auch Sorgeaufträge bei ihren Eltern. Hier muss der Bund mehr Unterstützung bieten.

Wir leben in der gleichen Umwelt bzw. Gemeinschaft – teils in Städten oder Agglomerationen, teils auf dem Land. Um auch zukünftig unser Zusammenleben weiterhin lebenswert zu gestalten, müssen wir generationenübergreifend Spielregeln aushandeln und uns auch daran halten. Die Jugend hat sich lautstark beim Klimanotstand zu Wort gemeldet, die Frauen sind in Scharen zusammengestanden und haben auf ihre Benachteiligungen hingewiesen, die trotz Gleichstellungsgesetz noch nicht verschwunden sind. Hier müssen nationale Bekenntnisse endlich rigoros umgesetzt und landesweit gelebt werden.

Schliesslich geht es am Schluss immer auch um die Gesundheit. Von der Geburt bis zum Tod wünschen wir uns Wohlergehen. Dies hat seinen Preis. Wenn es uns nicht gelingt, unser Verhalten anzupassen, werden wir zwar immer älter, jedoch nicht zwingend lebensfreudiger. Auch dies bedingt konkrete, aktive Massnahmen, die generationenübergreifend besprochen werden müssen – Stichworte: Vorsorgeauftrag, Patientenverfügung, Zentralisierung von Spitzenmedizin, Ausbau von Prävention auf allen Stufen.

Als Nationalrat werde ich mich in Bern für diese wichtigen Eckwerte unserer Vier-Generationen-Gesellschaft aktiv und tatkräftig engagieren. Besten Dank.



Für ein faires und bezahlbares Gesundheitswesen

Désirée Jaun, Nationalratskandidatin

Vor den Sommerferien haben wir in der ganzen Schweiz sogenannte „Quartierumfragen“ durchgeführt. So gingen wir auch in vielen Gemeinden in Baselland direkt zu den Leuten und fragten nach, wo der Schuh drückt und welche Anliegen die Politikerinnen und Politiker aus ihrer persönlichen Sicht dringend angehen sollten. Aus meinen Erfahrungen kann ich berichten, dass nebst dem Klimaschutz als dringende Herausforderung, die schnell angegangen werden muss, auch das Thema Gesundheit viele Menschen beschäftigt.



Die Leute freuten sich sichtlich, dass sie nach ihrer Meinung gefragt werden, und erzählten von sich aus sehr persönliche, teilweise auch traurige oder gedankenanstrengende Geschichten. Sie berichteten, dass ihnen die steigenden Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien zunehmend Sorgen bereiten, dass sie Angst haben, dass sie irgendwann einmal Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen müssen, sich diese jedoch nicht leisten können. Sie befürchten, die Last der Krankenkassenprämien bald nicht mehr aus eigener Kraft stemmen zu können. Viele Versicherte erhöhen ihre Franchisen auf das Maximum, damit die monatlichen Prämien etwas tiefer ausfallen. Oftmals trauen sie sich dann jedoch nicht, eine Ärztin oder einen Arzt aufzusuchen, da sie diese Kosten dadurch selbst tragen müssen. So entsteht das Risiko, dass medizinische Probleme nicht früh genug erkannt und behandelt werden können.

In der Schweiz stiegen die Krankenkassenprämien in den letzten 20 Jahren fast auf das Doppelte an. Auch die allgemeinen Gesundheitskosten für Besuche bei der Ärztin oder beim Arzt sowie für Medikamente wurden höher. In der gleichen Zeit stiegen die Löhne und Renten bloss minim. Um Steuergeschenke an Unternehmen finanzieren zu können, wurden ausserdem in zahlreichen Kantonen die Beträge für die Prämienverbilligungen gesenkt. So auch im Baselbiet.

Gerade Personen mit einem geringen Einkommen oder Familien, die den Anspruch auf Prämienverbilligungen knapp nicht erfüllen, leiden unter dem ständigen Anstieg der Krankenkassenprämien und darunter, dass dadurch immer weniger Geld für andere Ausgaben wie Essen, Miete, Kleidung, Ausbildung oder für die als Ausgleich wichtige Freizeit zur Verfügung steht. Da es sich bei der Krankenkassenprämie nicht um einen einkommens- oder vermögensabhängigen Betrag handelt, werden Personen mit einem tiefen und mittleren Einkommen viel stärker durch die steigenden Prämien und Gesundheitskosten belastet.

Dieser Entwicklung stehen die enormen Erträge im Gesundheitswesen, v.a. bei Pharmakonzernen und Krankenkassen, gegenüber, die von den Versicherten berappt werden.

Um dieser sozialen Ungerechtigkeit entgegen zu wirken, hat die SP Schweiz die Prämien-Entlastungs-Initiative lanciert. Durch eine Verfassungsänderung soll sichergestellt werden, dass kein Haushalt in der Schweiz mehr als 10% des verfügbaren Einkommens für Prämien für die obligatorische Krankenversicherung ausgeben muss und dass der bisher uneinheitliche und kantonale unterschiedliche Anspruch auf Prämienverbilligungen schweizweit gleich geregelt wird.

Unsere kantonale Prämieninitiative hatten wir im Mai 2017 in Rekordzeit gesammelt und mit über 5'000 Unterschriften eingereicht. Sie ist im November des vergangenen Jahres zwar an der Urne

gescheitert – auch weil viele sagten, man müsste die Prämienverbilligungen auf nationaler Ebene regeln. Das tun wir nun mit dieser Initiative – um die Belastung der Versicherten schweizweit nach gleichen Massstäben zu reduzieren und die einkommensschwächeren Personen zu entlasten.

Mit dem von uns angestrebten System würde auch sichergestellt, dass die zur Verfügung stehenden Beträge für die Prämienverbilligungen bei den nächsten Abbaurunden in den Kantonen nicht weiter reduziert werden. Also nicht so, wie das in Baselland der Fall war!

Ein reiches Land wie die Schweiz muss ein faires und effizientes Gesundheitssystem für alle haben! Die Prämien-Entlastungs-Initiative ist ein Ansatzpunkt, um diesem Ziel ein Stück näher zu kommen. Ganz anders unser politisches Gegenüber: Von der rechten Seite gibt es sogar Bestrebungen, dass eine „Krankenkasse light“ eingeführt werden soll, die teure Leistungen nicht mehr übernimmt. Um diese Zweiklassengesellschaft und eine unsoziale Gesundheitspolitik zu verhindern, braucht es in Bern unsere sozialen Stimmen der SP! Ich möchte den Menschen, mit denen wir gesprochen haben zeigen, dass wir sie und ihre Anliegen ernst nehmen und diese in die Schweizer Politik einbringen. Ich möchte mich für ihre Gesundheit einsetzen und für ein faires System kämpfen!

Gerechte Chancen für alle Bevölkerungsgruppen

Miriam Locher, Nationalratskandidatin

Unsere Gesellschaft steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Zugrunde liegt eine allgemeine Entwicklung, welche die Schere zwischen Arm und Reich grösser werden lässt und die zur Ausbeutung von lohnabhängigen Menschen und der Umwelt führt.

Ich bin davon überzeugt, dass wir es zum jetzigen Zeitpunkt noch in der Hand haben, diese Entwicklung aufzuhalten, und dass wir gemeinsam eine gerechtere Gesellschaft verwirklichen können. Aus diesem Grund engagiere ich mich politisch und aus diesem Grund kandidiere ich für die SP Baselland für den Nationalrat.

Meine Mitkandidierenden sind schon auf verschiedene Bereiche eingegangen, in denen es unser Engagement für eine gerechte Welt braucht. Ja, eine starke SP ist unabdingbar, um unsere Umwelt zu schützen, eine fortschrittliche Energiepolitik und Raumplanung zu betreiben und die Generationen zusammen zu halten.

Meine politischen Schwerpunkte liegen im Bereich der Familien-, Bildungs- und Gleichstellungspolitik. Ich setze mich dafür ein, eine Gesellschaft zu ermöglichen, in der den Menschen unabhängig von ihrer sozialen und wirtschaftlichen Herkunft gerechte Chancen zu Verfügung stehen. Bildungspolitisch stehe ich für eine Schule ein, die sich im Interesse der Gesellschaft und ihrer Zukunft konsequent und kompromisslos an den Bedürfnissen und den Rechten der Kinder orientiert und damit das Wohl der Kinder und Jugendlichen ins Zentrum stellt.

Im Landrat kämpfe ich auch für eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf, für die Gleichstellung von Mann und Frau und gegen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung. Es erschüttert mich, wie weit wir noch von echter, gelebter Gleichstellung entfernt sind. Seit Jahrzehnten ist die Lohngleichheit in der Bundesverfassung und im Gleichstellungsgesetz verankert. Und trotzdem verdienen Frauen immer noch durchschnittlich 20% weniger als Männer und verrichten den Grossteil der unbezahlten Carearbeit, sei es bei der Kinderbetreuung oder der Betreuung von älteren Angehörigen. Das muss nun wirklich endlich ändern. Denn Lohngleichheit ist kein Geschenk an die Frauen, sondern ein Recht und ein Verfassungsauftrag, der längst umgesetzt sein müsste!

Unsere Gesellschaft verdient eine moderne und soziale Familienpolitik. Dazu gehört, dass die Aufteilung von Familien- und Erwerbstätigkeit unabhängig ausgehandelt werden – ohne dass ein geschlechtsbedingter Lohnunterschied diese Entscheidung beeinflusst. Das hilft nicht nur den Menschen – es lohnt sich auch aus Sicht der Unternehmen: Familienfreundliche Massnahmen bringen ihnen einen sogenannten „Return on Investment“ von rund 8% – das ist bekannt. Ich bin der Meinung, dass die Einführung einer Elternzeit längst überfällig ist. Sie muss aus gleichstellungs-, wirtschafts-, familien- und gesellschaftspolitischen Überlegungen schnellstmöglich eingeführt werden.

Auch im Bereich der Diversität bleibt viel zu tun. Das jüngste Beispiel, das wieder einmal klar aufgezeigt hat, wie gross der Handlungsbedarf noch immer ist, ist das Zustandekommen des Referendums gegen die Erweiterung der Rassismus-Strafnorm. Dass über 70'000



Unterschreibende einen gesetzlichen Diskriminierungs-Schutz für Homo- und Bisexuelle verhindern wollen, zeigt mir, dass es nach wie vor viel Sensibilisierung und ein starkes Engagement gegen homophobe und rechtskonservative Hetze braucht.

Gerne trage ich meinen Teil zu dieser nötigen Veränderung bei. Eine Gesellschaft muss allen Menschen eine Perspektive bieten. Denn nur durch gerechte Chancen schaffen wir eine starke Gesellschaft!

Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Stimme geben!

Sandra Strüby-Schaub, Nationalratskandidatin

Arbeit schafft die Voraussetzung für wirtschaftliche Eigenständigkeit und ermöglicht es uns, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Sie vermittelt Wertschätzung und sichert persönliche und berufliche Entwicklung. Für die SP gehören die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das Engagement für eine menschengerechte Arbeitswelt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu den Kernaufgaben ihres politischen Handelns.



Gut qualifizierte, motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, faire Löhne, soziale Sicherheit, ein zukunftstauglicher Schutz der Beschäftigten und Arbeitsbedingungen, die das Mitdenken fördern und Chancen bieten, sind unverzichtbare Voraussetzungen für Produktivität, Innovation, erfolgreiche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit. Diese Einsicht gilt für die private Wirtschaft genauso wie für den Service Public.

Konsequenterweise müssen die Entwicklungen in der Arbeitswelt und der technologische Wandel menschengerecht und sozial gestaltet werden. Neue Technologien steigern die Produktivität und erlauben es, mehr Wohlstand in weniger Zeit zu erarbeiten. Neue Technologien können aber auch bestehende Ungleichheiten weiter vergrössern und Arbeitsplätze vernichten. Gleichzeitig haben technologische Entwicklungen einschneidende Auswirkungen auf Arbeitsinhalte, bestimmen Arbeitsprozesse und das Tempo am Arbeitsplatz. Der technologische Fortschritt muss deshalb so genutzt werden, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin eine Beschäftigung haben, dass sie existenzsichernde Einkommen erhalten und ihnen mehr Freizeit und Entwicklungschancen zur Verfügung stehen.

Zu den aktuellen Herausforderungen in der Arbeitswelt gehören auch die Belastungen durch ständige Erreichbarkeit sowie die negativen Auswirkungen der Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Nacht- und Sonntagsarbeit, Arbeit auf Abruf oder Temporärarbeit nehmen zu. Dabei bleibt die Angst, als Folge von Rationalisierungen und Umstrukturierungen morgen schon nicht mehr gebraucht zu werden, oder den sich immer schneller wandelnden Ansprüchen und dem immer höheren Arbeitstempo nicht mehr zu genügen. Dies bedeutet für viele Verunsicherung, Stress und führt im schlimmsten Fall zu Erkrankung, wirtschaftlicher Not und gesellschaftlicher Isolierung.

Während die Einkommen und Boni in den Chefetagen von Grosskonzernen ungebremsst steigen, erleiden viele Beschäftigte als Folge von minimalen Lohnentwicklungen oder gar Nullrunden empfindliche Verluste der Kaufkraft, weil gleichzeitig die Lebenshaltungskosten (Mieten, Krankenversicherungsprämien) steigen.

Wo ist der Hebel anzusetzen?

Aus dem umfassenden Forderungskatalog und den Lösungsansätzen, wie sie im aktuellen wirtschaftspolitischen Konzept der SP formuliert sind, erwähne ich folgende Forderungen:

- Stärkung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte bei technologischen Neuerungen und betrieblichen Veränderungen – das Erfolgsrezept Demokratie muss auch in der Arbeitswelt zum Tragen kommen;
- Konsequenter Widerstand gegen weitere Bestrebungen zur Deregulierung und der Aushöhlung der Arbeitsschutzbestimmungen;
- Politische Stärkung der Gewerkschaftsrechte – zum Beispiel durch Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen;
- Schaffung von verbindlichen Normalarbeitsverträgen in Bereichen ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung;
- Ausbau der Arbeitslosenversicherung, insbesondere eine bessere Unterstützung von älteren Stellensuchenden und schwer vermittelbaren Personen;
- Lohntransparenz und konsequente Bekämpfung der bestehenden Diskriminierungen;
- Das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedingt freiere Wahlmöglichkeiten bei der Aufteilung von Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegeaufgaben. Dies kann nur durch eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Betreuungsinfrastruktur sowie flexible Arbeitszeitmodelle in allen Berufen erreicht werden. Den Mehrfachbelastungen durch bezahlte und unbezahlte Arbeit muss besser Rechnung getragen werden.

Als Landrätin setze ich mich konsequent für die Anliegen und Interessen des Personals ein. Dieses Engagement will ich auch auf eidgenössischer Ebene weiterführen.